



Innenminister Wolfgang Sobotka: „Wir sind wachsam und legen den Sicherheitsgurt lieber rechtzeitig an.“

# Balkanroute bleibt unter Kontrolle

**Innen- und Verteidigungsminister der Forum-Salzburg-Staaten und vom Westbalkan vereinbarten bei der Konferenz „Managing Migration Challenges Together“, die Balkanroute weiter unter Kontrolle zu halten.**

**D**ie Balkanroute bleibt unter Kontrolle. Wir sind wachsam und legen den Sicherheitsgurt lieber rechtzeitig an. Denn 2015 und 2016 hat Europa zu spät auf die Herausforderungen entlang der Balkanroute reagiert“, sagte Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka. „Österreich und seine Partner beweisen Umsichtigkeit und erarbeiten nun einen Sicherheitsplan.“

Dabei könne man auf die von Österreich initiierte regionale Kooperation sowie nachfolgende EU-Maßnahmen aufbauen, durch welche die vorher offene Balkanroute wieder unter rechtsstaatliche Kontrolle gebracht worden sei. „Die Westbalkankonferenz im Februar 2016 in Wien, die regionale Abstimmung und wechselseitige Unterstützung an den Grenzen und die Einrichtung einer Anti-Schlepperzentrale im Bundeskriminalamt haben dazu wesentlich beigetragen“, erläuterte Innenminister Sobotka. Auch die Staats- und Regierungschefs der Europäischen

Union nahmen bei ihrem informellen Treffen am 3. Februar 2017 von der wieder unter Kontrolle gebrachten Balkanroute Notiz, als sie festhielten, dass „die Zahl der angekommenen Flüchtlinge in den letzten vier Monaten des Jahres 2016 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 98 Prozent zurückgegangen“ ist.

**Hochrangige Konferenz.** Zu der von Innenminister Sobotka initiierten Konferenz „Managing Migration Challenges Together“ am 8. Februar 2017 in Wien kamen Innen- und Verteidigungsminister aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro, Polen, Rumänien, Serbien, Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn. Außerdem nahm mit dem für Migration zuständigen Minister zum ersten Mal ein Vertreter aus Griechenland an einem Treffen in diesem For-

mat teil. Ungarn hat derzeit den Vorsitz im „Forum Salzburg“ und die Tschechische Republik den Vorsitz in der *Central European Defence Cooperation (CEDC)*.

Die Teilnehmer der Konferenz kommen aus Staaten, die als Ziel- oder Transitländer zwar kurzfristig unterschiedlich von Migration betroffen sind, doch letztlich kann unkontrollierte Migration zu Instabilität in der gesamten Region beitragen. Deshalb ist es notwendig, Ressourcen zu bündeln – über Ressort- und Staatsgrenzen hinweg. Polizei und Militär sollen unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Möglichkeiten etwa im Grenzschutz kooperieren. Österreich kommt dabei eine doppelte Modellfunktion zu – einerseits aufgrund der traditionellen zivil-militärischen Kooperation im Grenzbereich und andererseits aufgrund der Entsendung von Polizisten zur Unterstützung bei der Grenzsicherung im Rahmen von bilateralen Ein-



**Innenminister Wolfgang Sobotka und Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (Mitte) mit den hochrangigen Teilnehmern der Konferenz „Managing Migration Challenges Together“ am 8. Februar 2017 in Wien.**



**Gruppenleiter Wilhelm Sandrissler bei letzten Verhandlungen über die Deklaration mit Mitgliedern der ungarischen Delegation, darunter (sitzend) Verteidigungsminister István Simicskó, stv. Staatssekretär Mátyás Hegyaljai, Staatssekretär Károly Kontrát und (stehend) Botschafter János Perényi.**



**Gruppenleiter Johann Bezdeka, Generalmajor Edwin Potocnik: Präsentation eines Lagebildes.**

sätzen (z. B. nach Mazedonien) oder Einsätzen der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX (z. B. nach Ungarn).

**Sicherheitsplan.** Vereinbart wurde die Erarbeitung eines gemeinsamen Sicherheitsplans bis April 2017. Dieser soll eine umfassende Bewertung der Situation in Südosteuropa beinhalten. Eine Analyse von „Gaps“ und „Needs“ soll Schwachstellen und erforderliche Maßnahmen in der Region aufzeigen. Des Weiteren sollen Faktoren und Indikatoren festgelegt werden, um negative Entwicklungen auf der Westbalkanroute rasch erkennen zu können. Der Plan soll Maßnahmen für den Fall einer Verschlechterung der Situation enthalten. Geplant ist auch ein zivil-militärischer „Koordinierungsmechanismus“. „Dadurch sollen wechselseitige Abstimmung und Hilfe noch rascher erfolgen“, sagte Sobotka. „Durch diesen Sicherheitsplan unterstützen wir beson-

ders betroffene Länder – insbesondere Griechenland, aber auch die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien oder Bulgarien.“

Als Grundlage für die Erklärung der Minister präsentierten Mag. Johann Bezdeka, stellvertretender Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit im BMI, und Generalmajor Edwin Potocnik, Leiter des Heeres-Nachrichtenamts, ein aktuelles Lagebild und zwei Szenarien für mögliche Entwicklungen entlang der Balkanroute. Gerechnet werden müsse auch mit einem erneuten starken Anstieg der Zuwanderung, etwa aufgrund der Zuspitzung von Konflikten im Umfeld Europas oder wegen möglicher Probleme bei der Umsetzung der laufenden Kooperation zwischen der EU und der Türkei. Bezdeka betonte die bisherigen Erfolge in der Bekämpfung der Schlepperei, die auf das im Mai 2016 im Innenministerium eingerichtete internationale Ermitt-

lungsbüro gegen Schlepperei zurückzuführen seien.

„Im Kampf gegen die Schlepperkriminalität ist der Sicherheitsplan ein klares Signal, dass es weiterhin kein ungehindertes Durchkommen geben wird. Damit halten wir unsere gesamte Region unter Kontrolle – auch an unseren Grenzen“, erklärte Innenminister Sobotka.

Basierend auf der Erklärung der politischen Vertreter soll nun der Sicherheitsplan im Detail auf Beamtenebene erarbeitet werden. „Österreich war mit dieser Konferenz auch Brückenbauer. Wir wollen Visegrád-Staaten und andere Partner wie Griechenland näher zueinander bringen, um darauf aufbauend besser gemeinsame Maßnahmen setzen zu können“, sagte Dr. Wilhelm Sandrissler, Leiter der Gruppe I/B (Sicherheitspolitik, Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit) im BMI.

*Florian Hahn*